



Erörterung der Sicherheitslage

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 29.06.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. Magistratsdirektion der Stadt Wien Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit) im Zusammenwirken mit der Kommission für Soziales und Diversität zu ersuchen, die Sicherheitslage im 6. Bezirk zu erörtern.

Begründung

Abgesehen von der Magistratsdirektion, die für die Koordination von Sicherheitsmaßnahmen zuständig ist, erheben die Sicherheitseinrichtungen Jahr für Jahr eine Fülle an Datenmaterial zur Sicherheitslage in den Bezirken bzw. sogar bis auf die Grätzeln heruntergebrochen. Im Rahmen der Kommission für Soziales und Diversität sollen die wichtigsten Daten präsentiert werden, um die Sicherheitslage im Bezirk zu erörtern bzw. um eine solide Grundlage für eventuelle weitere Maßnahmen zu haben. In weiterer Folge ist bei positiver Resonanz ein jährlicher Austausch im Rahmen der Kommission für Soziales und Diversität wünschenswert.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde einstimmig der Kommission für Soziales und Diversität zugewiesen und wird dort weiter behandelt



Angstraum U6 Station Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 29.06.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag^a Ulli Sima im Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 28, MA 46) und mit der Kommission für Soziales und Diversität zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass geprüft wird, mit welchen Maßnahmen Angsträume in der U6 Station Gumpendorfer Straße sowie im Bereich der Haltestelle der Straßenbahnlinien 6 und 18 reduziert bzw. beseitigt werden können.

Begründung

Trotz bereits gesetzter Maßnahmen (Einsatz von SAM, Intensivierung Polizeieinsatz, verstärkte Reinigung) wird die Situation seitens der Öffi-Benutzer/innen (insbesondere von Frauen) innerhalb und vor der U-Bahn-Station Gumpendorfer Straße nach wie vor als unangenehm und unsicher wahrgenommen. In der Kommission für Soziales und Diversität sollen daher mit Vertretern der Wiener Linien bzw. der zuständigen Magistratsdienststellen, dem Team von SAM sowie Vertretern der Polizei zusätzliche Maßnahmen zur Beseitigung der Angsträume besprochen werden. U.a. soll auch erörtert werden, unter welchen Bedingungen der Einsatz von Videoüberwachung im bzw. vor dem Gebäude möglich ist und ob durch diese Maßnahme eine Verbesserung der Situation erreicht werden kann.

Maria Blazej

Antrag wurde einstimmig der Kommission für Soziales und Diversität zugewiesen und wird dort weiter behandelt



Aschenbecher im öffentlichen Raum

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 29.06.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 48) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, die Anzahl und die Verteilung der Aschenbecher im öffentlichen Raum des Bezirks zu überprüfen bzw. gegebenenfalls zu erhöhen.

Begründung

In jüngster Zeit ist es auf der Mariahilfer Straße zu Problemen mit qualmenden Zigaretten in Mistkübeln gekommen. Nach dem sich das Rauchen mehr und mehr in den öffentlichen Bereich verlagert, sollte auch die Zahl der Aschenbecher entsprechend adaptiert werden.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde einstimmig dem Umweltausschuss zugewiesen und wird dort weiter behandelt

Beet Wallgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 29.06.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 42, MA 48) zu ersuchen, das Beet im Kreuzungsbereich Wallgasse / Gumpendorfer Straße attraktiver zu gestalten.

Begründung

Abgesehen von den Verunreinigungen wirkt das Beet insgesamt sehr "ungepflegt". Anrainer/innen haben uns daher ersucht, für eine attraktivere Gestaltung zu sorgen.

Gerhard Hammerer



Antrag wurde einstimmig dem Umweltausschuss zugewiesen und wird dort weiter behandelt



Reinigung Aufzugsbereich Amonstiege

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 29.06.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 48) zu ersuchen, den Bereich unter der Amonstiege, insbesondere beim Eingang in den Aufzug, verstärkt zu reinigen.

Begründung

Insbesondere in der Sommerzeit ist die Geruchsbelästigung durch Urin sowohl im Bereich des Einstiegs in den Aufzug sowie im Aufzug unerträglich. Eine verstärkte Reinigung dieses Bereiches liegt nicht nur im Interesse der unmittelbaren Anrainer/innen sondern auch all jener, die diese wichtige Querverbindung zwischen dem Wiental und der Mariahilfer Straße nützen.

Maria Blazej

Antrag wurde einstimmig dem Umweltausschuss zugewiesen und wird dort weiter behandelt



Hinweistafel Amonstiege

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 29.06.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 7) im Zusammenwirken mit der Kulturkommission zu ersuchen, eine offizielle Benennung der Stiege in Verlängerung der Stiegengasse Richtung Mariahilfer Straße („Amonstiege“) vorzunehmen sowie eine entsprechende Tafel mit einem Hinweis auf den / die Namensgeber anzubringen.

Begründung

Sowohl im Internet als auch im Sprachgebrauch der Bewohner/innen wird die Stiegenanlage in der Stiegengasse als „Amonstiege“ bezeichnet. Der Name soll auf den populären Volkssänger Anton Amon (gestorben 1896) bzw. seinen Sohn gleichen Namens (gestorben 1931) zurückgehen. Ein Antrag der ÖVP Mariahilf vom Juni 2013, entsprechende Hinweistafeln bei der Stiege anzubringen, wurde seitens der zuständigen Stellen der Stadt Wien mit der Begründung abgelehnt, dass keine offizielle Benennung der Stiege vorliege. Diese soll, wenn sie tatsächlich nicht stattgefunden hat, nachgeholt werden, um anschließend Hinweistafeln anbringen zu können. Da die Stiegenanlagen eine besondere Attraktion des 6. Bezirks darstellen, sollen alle erfasst und auch beworben werden.

Maria Blazej

Antrag wurde einstimmig der Kulturkommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt



Öffnung der Anwohnerparkplätze untertags

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 29.06.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirksvorsteher Markus Rumelhart zu ersuchen, mit der amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Vizebürgermeisterin Mag.a Maria Vassilakou in Gespräche einzutreten, damit die partielle Öffnung der Anwohnerparkplätze im Herbst 2017 erfolgen kann.

Begründung

Im Mai 2017 haben sich die Stadt Wien und die Wirtschaftskammer Wien darauf geeinigt, dass ab Herbst 2017 Anwohnerparkplätze tagsüber zwischen 8 Uhr und 16 Uhr nicht nur den Anwohnern zur Verfügung stehen. Zur Umsetzung dieser Maßnahme bedarf es aber einer Einbindung der Bezirke, die laut Bezirksvorsteher Markus Rumelhart im Vorfeld nicht erfolgt ist. Aus Sicht der ÖVP Mariahilf ist die partielle Öffnung sinnvoll, weil sie die grundlegenden Vorteile des Anrainerparkens (eigene Parkplätze für Anrainer in der Früh bzw. am Abend) erhält, aber in Zeiten schwächerer Ausnützung untertags sowohl Wirtschaftstreibenden als auch Kunden das Parken ermöglicht.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde mit Mehrheit (SPÖ, Grüne, NEOS) abgelehnt



Generationenhaus Stumpergasse 56

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 29.06.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung Dr. Michael Ludwig zu ersuchen, einen Plan über die weiteren Schritte zur geplanten Errichtung der städtischen Wohnhausanlage in der Stumpergasse 56 ("Generationenhaus") zu übermitteln.

Begründung

Unmittelbar vor den letzten Gemeinderatswahlen haben Bürgermeister Häupl und Wohnbaustadtrat Ludwig am 23. September 2015 die Errichtung eines Gemeindebaus auf der Liegenschaft des Instituts für Höhere Studien, Stumpergasse 56, angekündigt. Dieser sollte neben Wohnungen auch Senioren-Wohngemeinschaften sowie einen Kindergarten enthalten. Als Baubeginn wurde damals das Jahr 2017 angegeben, geplanter Fertigstellungstermin war das Jahr 2019. Bezirksvorsteher Rumelhart konnte auf Anfrage im Dezember 2016 keine Details zum Baubeginn nennen, vorab sei noch eine Änderung des Flächenwidmungsplanes erforderlich. Nachdem diese bis dato noch nicht erfolgt ist, wird ein Baubeginn im Jahr 2017 immer unwahrscheinlicher. Die Bezirksvertretung ersucht daher um Übermittlung des Status quo bzw. der weiteren Schritte zu diesem Projekt.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde einstimmig angenommen